

DEUTSCHES INSTITUT
FÜR JUGENDHILFE UND
FAMILIENRECHT e. V.



FORUM FÜR FACHFRAGEN

Postfach 10 20 20

D-69010 Heidelberg

Fon 0 62 21/98 18-0

Fax 0 62 21/98 18-28

institut@dijuf.de

www.dijuf.de

HINWEISE

des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht
(DIJuF) e. V.

vom 24. Februar 2014

zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für
Verbraucherschutz, Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Ent-
scheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption
durch Lebenspartner

Gegen die Eins-zu-eins-Umsetzung der Vorgaben des Bundesver-
fassungsgerichts nach der Beanstandung der Diskriminierung
gleichgeschlechtlicher Paare bei der Sukzessivadoption
(19.02.2013, 1 BvL 1/11, 1 BvR 3247/09) ist **aus rechtstechnischer
Sicht nichts einzuwenden**. Der Gesetzentwurf greift aus Sicht des
Instituts jedoch zu kurz.

Kritik ergibt sich, da sich der Entwurf für ein **Festhalten an der Dis-
kriminierung** von Lebenspartner/innen und betroffenen Kindern bei
der gemeinschaftliche Adoption entschieden hat (vgl. § 1741
Abs. 2 S. 2 SGB VIII). Diese Diskriminierung kann nicht mit Gründen
des **Kindeswohls** gerechtfertigt werden, denn das Aufwachsen bei
gleichgeschlechtlichen Eltern stellt keine Benachteiligung von Kin-
dern dar. Kinder bei haben die gleichen Entwicklungschancen
unabhängig von der sexuellen Orientierung ihrer Eltern.

Bei einem Umgang mit der Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare, wie im Referentenentwurf vorgesehen, würde Deutschland sehenden Auges die Grundrechtsstandard der Europäischen Union unterschreiten. Dort ist ein ausdrückliches **Verbot von Diskriminierungen wegen der sexuellen Ausrichtung nach Art. 21 Abs. 1 EU-Grundrechtecharta**. Auch über die EU hinaus ist im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr eine im Ausland wirksam gewordene Adoption von Kindern durch ein gleichgeschlechtliches Paar in Deutschland anzuerkennen (KG Berlin 11.12.2012, 1 W 404/12; OLG Schleswig 27.01.2014, 12 UF 14/13).

Die Minimallösung des Referentenentwurfs greift auch im Lichte der grundrechtlichen Wertungen des BVerfG zu kurz. Der Gesetzgeber lässt sich damit vom BVerfG treiben, statt seinen **legislativen Gestaltungsauftrag** anzunehmen. Einen Ausblick darauf, dass das Festhalten an der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare bei der gemeinschaftlichen Adoption nicht mehr lange Bestand haben wird, haben die Vorlagebeschlüsse des AG Schöneberg-Berlin (08.03.2013, Az. 24 F 172/12; 24 F 250/12) gegeben. Zwar hat das BVerfG diese wegen mangelhafter Begründung, insbesondere der Nichtberücksichtigung der Entscheidung zur Sukzessivadoption durch gleichgeschlechtliche Lebenspartner/innen, mittlerweile als unzulässig zurückgewiesen (21.02.2014, 1 BvL 2/13, 1 BvL 3/13). Aber dies ist lediglich eine kurzfristige Vertagung einer Entscheidung, in der dem deutschen Familienrecht erneut verfassungswidrige Diskriminierung von Homosexuellen attestiert werden wird.

Abschließend sei die Frage aufgeworfen, ob bei einem so gender-sensiblen Thema wie der Sukzessivadoption durch Homosexuelle im Titel des Gesetzentwurfs tatsächlich **nur die männliche Form** Verwendung finden soll. Wir regen an, „Lebenspartner und Lebenspartnerinnen“ zu formulieren.